

Was ist die OSPAR?

Ein Überblick über das Abkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordost-Atlantiks

Die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko hat gezeigt, dass es zur Zeit keine sichere Methode gibt, Öl aus der Tiefsee zu fördern. Doch wie lässt sich die Öl-Förderung regulieren? Im Nordost-Atlantik gibt es - im Gegensatz zum Golf von Mexiko - ein Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt, bekannt unter der Abkürzung OSPAR. Diese Konvention spielte bei der Auseinandersetzung um die Öl-Plattform Brent Spar eine wesentliche Rolle: sie ermöglichte den Beschluss, das Versenken ausgedienter Plattformen im Meer zu verbieten.

Geschichte der OSPAR

Vor der Gründung der OSPAR gab es seit 1972 zunächst das Oslo-Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und Luftfahrzeuge. 1974 wurde dieses um die Paris-Konvention erweitert, um Einträge von Land und von Wasser abdecken zu können. 1992 wurden die beiden Konventionen zur OSPAR (= Oslo-Paris-Übereinkunft) zusammengeführt, aktualisiert und erweitert.

Das OSPAR-Übereinkommen wurde von 16 Vertragsparteien inklusive der Europäischen Union unterzeichnet. Seine Durchführung wird durch die OSPAR-Kommission geleistet. Die OSPAR deckt die folgenden Aufgabenbereiche ab: Bemessung und Kontrolle, biologische Diversität und Ökosysteme, Eutrophierung (Nährstoffanreicherung), gefährliche Stoffe, Offshore Öl- und Gasindustrie, radioaktive Substanzen sowie Klimawandel.

Die OSPAR sammelt unter anderem jährlich Daten über Wassereinleitung, ausgeflossenes Öl und andere Emissionen von Offshore-Installationen. Das Abkommen enthält ein grundsätzliches Verbot von Ab-

fallbeseitigung auf See. Die Regularien der OSPAR sehen vor, dass die Vertragsparteien entweder Empfehlungen oder verbindliche Beschlüsse verabschieden.

1998 verabschiedete die OSPAR die Entscheidung 98/3, die es grundsätzlich untersagt, ausrangierte Offshore-Installationen im Geltungsbereich der OSPAR zu versenken. Greenpeace verhinderte damals die Versenkung der Ölplattform Brent Spar und trug damit maßgeblich zu dieser Entscheidung bei. Bis 2009 hat die OSPAR 17 Entscheidungen und Empfehlungen für die Offshore Öl- und Gasindustrie getroffen.

Geltungsbereich und Vertragsparteien der OSPAR

Der Geltungsbereich der OSPAR erstreckt sich auf den Großteil des Nordost-Atlantiks. Die schraffierten Gewässer,

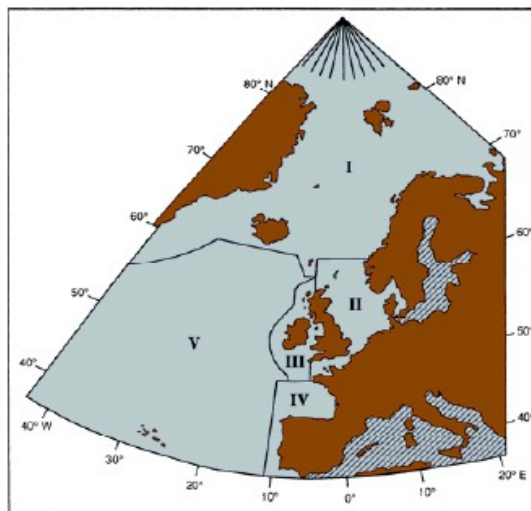


Abbildung 1: Geltungsbereich der OSPAR
(Quelle: BMU <http://www.bmu.de>)

also die Ostsee und das Mittelmeer, sind nicht eingeschlossen. Sie sind durch

Spendenkonto

Postbank, KTO: 2 061 206, BLZ: 200 100 20

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabsatzfähig.

andere Abkommen abgedeckt¹.

Die OSPAR unterteilt ihren Geltungsbereich in Zonen:

- Die Zone I sind die arktischen Gewässer. Durch das zurückweichende Eis steigt das Interesse der Öl- und Gasindustrie an der Ausbeutung der Ressourcen der Arktis.
- Die Zone II ist die erweiterte Nordsee. Sie ist die Zone mit den meisten Plattformen. Vor allem in den britischen und norwegischen Hoheitsgewässern wird Öl und Gas gefördert.
- Die Zone III umfasst die Keltischen Meere bezeichnet. Dort werden genau wie in den Zonen IV (Golf von Biscaya und Iberische Küste) und V (Weiterer Atlantik), relativ wenig Öl und Gas gefördert.

Die OSPAR deckt im gesamten Geltungsbereich Einträge von Flüssen ab. In Deutschland werden somit alle Einzugsgebiete von Rhein, Ems, Weser, Jade, Elbe und Eider durch die Kommission erfasst. Alle Länder, die Küsten an den genannten Zonen haben, sind Vertragspartner: Belgien, Dänemark, Deutschland, die Europäische Union, Finnland, Frankreich, Irland, Island, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, die Schweiz, Schweden, Spanien und das Vereinigte Königreich. Luxemburg und die Schweiz wurden durch ihre Lage im Einflussgebiet des Rheins aufgenommen. Über die Vertragsparteien hinaus dürfen auch von der Kommission zugelassene Beobachter den Treffen beiwohnen. Sie haben zwar kein Stimmrecht, können aber die Vertragsparteien beraten. Derzeit haben 50 Organisationen Beobachterstatus. Unter ihnen sind 34 nicht-staatliche und 16 zwischenstaatliche Organisationen. Auch Greenpeace International ist als Beobachter dabei.

¹Die Ostsee ist durch das HELCOM-Abkommen von 1992 (<http://www.helcom.fi/>) und das Mittelmeer ist durch das Barcelona-Übereinkommen von 1976 abgedeckt (<http://www.unepmap.org/>).

Entscheidungs-Struktur der OSPAR

Die OSPAR wählt einen Vorsitzenden und zwei Vize-Vorsitzende für einen Zeitraum von zwei Jahren, in Ausnahmefällen kann diese Amtszeit um zwei Jahre verlängert werden. Diese sitzen der Kommission vor und leiten die mindestens einmal im Jahr stattfindenden Treffen, bei denen Empfehlungen und verbindliche Beschlüsse verabschiedet werden. Empfehlungen sind rechtlich nicht verbindlich, allerdings sind sie sofort gültig. Für Entscheidungen gibt es eine 200-Tage-Frist für einen Rückzieher, die sogenannte "Opt-Out"-Option. Diese besagt, dass Länder ihre Zustimmung innerhalb von 200 Tagen zurückziehen können, zum Beispiel wenn nationale Parlamente ihr nicht zustimmen. Die Entscheidungen gelten dann nur für Länder, die auch nach der Frist der Entscheidung zustimmen. Um solche Entscheidungen zu verabschieden, müssen mindestens Dreiviertel der Vertragsparteien durch ihre Delegierten vertreten sein. Jede der 16 Vertragsparteien hat dabei eine Stimme. Bei den Abstimmungen wird auf Einstimmigkeit abgezielt. Ist die Einstimmigkeit nicht möglich, muss grundsätzlich eine Dreiviertel-Mehrheit erreicht werden.

Kontakt mit der OSPAR wird durch das Sekretariat mit Sitz in London hergestellt. Außerdem ist es für die Übersetzung der relevanten Dokumente für die Kommission und ihre Untergruppen in die beiden Amtssprachen der OSPAR (Französisch und Englisch), die Finanzplanung und alle weiteren ihm von der Kommission zugeordneten Aufgaben zuständig.

Wie kann die OSPAR die Meere schützen?

Versenkungsverbot für Offshore-Plattformen

1998 beschlossen die Vertragsstaaten der OSPAR ein generelles Versenkungsverbot für stillgelegte Offshore Anlagen im Nordost-Atlantik. Dieser Entscheidung

war 1995 eine intensive Kampagne von Greenpeace gegen die Versenkung der Öl-Plattform Brent Spar in der Nordsee vorangegangen. Nach zahlreichen Auseinandersetzungen mit dem Brent Spar-Betreiber Shell auf hoher See gab der Ölkonzern am 20. Juni 1995 seinen Verzicht auf die Versenkung der Plattform bekannt. Am 29. Juni 1995 verkündete die OSPAR ein zunächst zweijähriges Moratorium für das Versenken von Plattformen im OSPAR-Geltungsraum, da Großbritannien und Norwegen zunächst nur ein temporäres Verbot akzeptieren wollten. Drei Jahre später wurde von den Vertragsparteien die OSPAR-Entscheidung 98/3, die das Versenken von Installationen im OSPAR-Geltungsbereich grundsätzlich verbietet, einstimmig angenommen.

Einrichten von Meeres-Schutzgebieten

Das Einfordern von Meeres-Schutzgebieten ist ein zentraler Bestandteil der Greenpeace-Arbeit zum Schutz der Ozeane. Greenpeace fordert, dass 40 Prozent der Meere dauerhaft geschützt werden. Für Schutzgebiete im Nordost-Atlantik engagiert sich Greenpeace bei der OSPAR, da diese über die entsprechenden Entscheidungskompetenzen verfügt. Dem Gegenüber stehen die Interessen der Fischerei-Industrie. Trotz des dramatischen Rückgangs der Fischbestände werden diese Interessen durch die nationalen Fischereiministerien und die EU-Fischereipolitik protegiert.

Bei der OSPAR-Ministerkonferenz 2003 in Bremen verabschiedeten die Umweltminister eine Empfehlung², die vorsieht, ein „ökologisch kohärentes Netzwerk“ von gut verwalteten Meeresschutzgebieten bis zum Jahr 2010 einzurichten. Diese Empfehlung wurde bisher jedoch nur unzureichend umgesetzt.

Warum Schutzgebiete?

Schutzgebiete sind eine Maßnahme, um menschliche Nutzungen der Meere zu regulieren. Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen den positiven Effekt von großflächigen Schutzgebieten für die Natur. Zum Einen können Arten wie der Schweinswal oder Lebensräume wie Korallenriffe geschützt werden. Zum Anderen bieten sie die Chance zur Erholung von Fischbeständen. In Schutzgebieten, in denen weder Fischerei noch andere menschliche Nutzung stattfindet, können Jungfische ungestört heranwachsen bis sie schließlich selbst laichen. Dadurch wächst die Fischpopulation wieder an. Beispiele von Schutzgebieten zum Beispiel in den USA und den Philippinen zeigen, dass nach einiger Zeit Fische auch in die umliegenden Gebiete wandern und dort die Bestände ebenfalls wieder anwachsen. So kann auch die Fischerei einen positiven Nutzen aus der Einrichtung von Schutzgebieten ziehen.

Ausschluss jeglicher Nutzung im Kern der Arktis

Greenpeace fordert auch ein Sofortverbot jeglicher industrieller Nutzung in Bereichen der arktischen See, die historisch dauerhaft mit Eis bedeckt waren und partiell noch sind.³ Diese Regionen sind besonders verletzlich. Sie sind in großen Teilen nicht kartographisch erfasst und wissenschaftlich noch nicht ausreichend erforscht. Aus diesen Gründen ist zunächst ein Sofortverbot für industrielle Nutzungen nötig, um Zeit für weitere Forschungen zu gewinnen und Schutzregelungen zu entwickeln.

Keine Tiefseebohrungen

Im Gebiet des Nordost-Atlantik befanden sich 2007 insgesamt 730 Offshore-Installationen in Betrieb, bei deren Normalbe-

² OSPAR Recommendation 2003/3

³ OSPAR Zone I

trieb Öl ins Meer gelangt.⁴ Zwischen 20 und 30 Prozent dieser Anlagen bohren in Tiefen über 200 Meter hinaus. Greenpeace fordert von der OSPAR ein Verbot von Tiefseebohrungen in einer Tiefe von über 200 Metern. Die Förderung in solchen Tiefen ist besonders unsicher, weil Taucher dort nicht mehr für Reparaturarbeiten eingesetzt werden können. Darüber hinaus sind die Sicherheitstechniken, im Gegensatz zu den Fördertechniken, in diesem Bereich kaum entwickelt. Eine „sichere“ Förderung ist daher hier nicht möglich.

Weitere Erdölförderungs-Aktivitäten im OSPAR-Geltungsbereich würden außerdem Verpflichtungen widersprechen, auf die sich die Vertragsparteien der Konvention geeinigt haben. Denn bei dem OSPAR-Ministertreffen 2003 in Bremen hatten die Umweltminister der Vertragsparteien eine Empfehlung bis zum Jahr 2010 einzurichten. Zum Aufbau eines Netzwerkes von Meeres-Schutzgebieten im OSPAR-Raum (siehe oben) verabschiedet. Die Fortführung von Haltebohrungen würde die Effektivität eines solchen Netzwerkes stark gefährden.

Greenpeace fordert

- Keine neuen Tiefseebohrungen (ab einer Tiefe von 200 Metern).
- Die Überprüfung der bestehenden Anlagen auf ihre Sicherheit.
- Unsichere Anlagen deaktivieren und sauber entsorgen
- Die Errichtung und Respektierung von großflächigen Meeres-Schutzgebieten im OSPAR-Raum.
- Ein Startverbot für jegliche industrielle Nutzungen in den OSPAR Geltungsbereichen des Arktischen Ozeans, die historisch dauerhaft von Eis bedeckt waren.

⁴ Eine ausführliche Auflistung der Plattformen (S.35) und viele weitere Informationen kann man in dem OSPAR Papier „Discharges, spills and emissions from offshore oil and gas installations in 2007“ von Leo Henriquez et al. finden (<http://www.ospar.org>).

Lesetipps:

- Kurzinformationen zum OSPAR-Übereinkommen zum Schutz der Heeresumwelt des Nordost-Atlantiks (Stand: Dezember 2008; Url: http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/ospar_01_facts.pdf)
- Coup für die Meere: Schutzgebiete. (Url: http://www.greenpeace.de/themen/meere/meeresschutzgebiete/artikel/coup_fuer_die_meere_schutzgebiete/)
- Brent Spar und die Folgen. Zehn Jahre danach. (Url: http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/oel/Brent_Spar_und_die_Folgen.pdf)